

Prof. Rolf Wernstedt

Niedersächsischer Kultusminister 1990-1998
Präsident des Niedersächsischen Landtages 1998-2003
Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen
des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der 20. Juli 1944 und die Widerstandsbewegung

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe

Das Jahrhundert der Weltkriege

am 20. Juli 2014 im Hodlersaal des Neuen Rathauses in Hannover
sowie am 26. Januar 2023 im Rahmen der Vortragsreihe Donnerstag : Digital der Freunde des Historischen Museums e.V.

Anrede!

Je weiter ein Ereignis zurückliegt, desto notwendiger wird es, seine Erinnerungswürdigkeit zu überprüfen und darauf zu befragen, ob es denn wirklich so wichtig war, dass es sich aus allgemeinen historischen oder politischen Gründen anbietet, die Erinnerung wach zu halten.

Vor 100 Jahren war es selbstverständlich, dass alle Menschen in Deutschland wussten, dass der 2. September der Sedanstag war. Kaisers Geburtstag weiß auch keiner mehr (27. Januar). Seit 1919 verblassten die Daten des Kaiserreichs.

Über die Erinnerungstage der Weimarer Republik oder der Nazizeit redet keiner mehr; die der DDR sind nur noch in den Köpfen derer, die dort zur Schule gegangen sind (7. Oktober als Gründungstag der DDR 1949 und 8. Mai als Tag der Befreiung).

In den Vordergrund schieben sich andere Daten des 20. Jahrhunderts, vor allem die beiden Weltkriege 1914-1918 und 1939-1945, die merkwürdige gegensätzliche Symbolkraft des 9. November (1918 Novemberrevolution, 1923 Hitler/ Ludendorff- Putsch, 1938 Reichspogromnacht, 1989 der Fall der Mauer) ist den Meisten nicht bewusst.

Die offiziellen politischen Feiertage der Bundesrepublik (der 17. Juni als Erinnerung an den Aufstand 1953 in der DDR oder seit 1990 der 3. Oktober als Tag der Einheit) fanden und finden ohne massenhafte innere Beteiligung statt.

Jede Olympiade und jedes Fußballturnier bewegt mehr Menschen.

Aus diesem schlichten Befund ergibt sich schon die erste Feststellung:

Historische Gedenktage, die politische Hintergründe haben, sind politische Setzungen und Willensdaten, die in der Regel von den jeweils Herrschenden zu ganz bestimmten Zwecken gestiftet werden.

Der Hauptzweck ist in der Regel die absichtsvolle Steigerung der eigenen Herrschafts-Legitimation und deren Verankerung im Bewusstsein und der Gefühlslage der Bevölkerung.

Auch am Datum des 20. Juli 1944 lässt sich das detailreich nachvollziehen.
Die Fakten sind leicht erzählt und in Erinnerung zu rufen:

Eine Reihe hoher Offiziere im Generalstab, in der Abwehr und in einigen Truppenteilen (Generaloberst Beck, Generalfeldmarschall von Witzleben, Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Admiral Canaris, General von Stülpnagel, Major Henning von Tresckow u. a.) haben spätestens seit dem Jahre 1942 gesehen, dass Deutschland den von ihm selbst begonnenen und zu verantwortenden Krieg nicht siegreich beenden kann.

In Verbindung mit einigen konservativen Politikern wie dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler haben sie in lockeren Gesprächen über die Notwendigkeit gesprochen, in Deutschland eine politische Wende herbeizuführen und den Krieg noch zu akzeptablen Bedingungen für Deutschland zu beenden.

Als Voraussetzung dafür galt ihnen die Beseitigung Hitlers.

In den Begründungen dafür wurde gern der aus den antiken Überlieferungen bekannte Begriff des Tyrannen und des Tyrannenmordes herangezogen.
Der Tyrannenmord galt als legitimes politisches Mittel, wenn denn keine anderen Mittel übrigblieben, um eine Unrechtsherrschaft zu beseitigen.

Damit wurden die in den Kreisen der deutschen Eliten des Adels, des Militärs und der höheren Verwaltung auf Grund ihres Selbstverständnisses und ihrer humanistischen Bildung herrschenden ethischen und religiösen Bedenken relativiert.

Nachdem bis Ende 1943 mehrfache Versuche, in Einzelaktionen Hitler zu töten, gescheitert waren, hatte sich der als energisch geltende Claus Schenk Graf von Stauffenberg entschlossen, selbst die Organisation eines Attentats und einer daraus zu bildenden Umsturzunternehmung in die Hand zu nehmen.

Ohne die verwickelten und bis heute nicht in allen Einzelheiten aufgeklärten Umstände des Attentats und seiner Folgen beschreiben zu müssen, kann man die einhellige Meinung der historischen und erinnerungspolitischen Literatur feststellen, dass bei den meisten Attentätern eine hohe moralische Motivation und persönliche Opferbereitschaft bestand.

Das Attentat ist gescheitert, wie wir alle wissen.

Operative kleine Pannen sind für den Fehlschlag genauso verantwortlich, wie die offenbar ungenügende Vorplanung der Absicherung der eigenen Pläne im Umgang mit der SS, hitlertreuen Wehrmachtsteilen und den notwendigen medialen Vermittlungen in Rundfunk und Zeitungen.

Die bereits am 21. Juli von Hitler selbst bekannt gegebene Interpretation, dass es sich bei den Verschwörern um eine ganz kleine ehrgeizige, gewissenlose und dumme Adelsclique und einige Angehörige handele, bestimmte fortan die Debatte bis zur Kapitulation und darüber hinaus.

Mein Vater, der im Juli 1944 als Artillerie-Geschützführer nach dem Zusammenbruch der Ost-Front im Mittelabschnitt in rasanter Eile in wenigen Wochen hunderte Kilometer bis an die Ostpreußische Grenze sich zurückziehen musste, schrieb im letzten Brief an meine Mutter am 31. Juli 1944, jetzt wissen man ja, woran es gelegen habe, dass man verliere. Eine Woche später ist er gefallen.

Obwohl sich die militärische Niederlage im Osten seit der Niederlage in Stalingrad abgezeichnet hatte und mit der alliierten Landung am 6. 6. 1944 in der Normandie für alle das Ende des nationalsozialistischen Weltherrschaftsanspruch erkennbar war und die Männer, die Einblick in die militärische Lage hatten, das auch wussten, hat die Interpretation des Attentats als feigen Verrat am eigenen Volk und den eigenen Kameraden gezogen und für die gnadenlose Verfolgung der Beteiligten gesorgt.

Bis zum Mai 1945 sind mehr als 200 Personen, die in direktem oder indirektem Zusammenhang der Verschwörung standen, entweder sofort exekutiert worden oder nach einem Schauprozess vor dem sog. Volksgerichtshof abgeurteilt und hingerichtet worden. Manche wurden zur Selbsttötung gezwungen wie z. B. Generalfeldmarschall Erwin Rommel, von dem man nicht weiß, ob er überhaupt etwas von den Umsturzplänen wusste.

Dass diese Urteile erst im Jahre 1998 durch das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile grundsätzlich annulliert wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Kluft zwischen den seit Anfang der 50er Jahre in Gedenkreden immer wieder hervorgehobenen Mut und die Vorbildfunktion der Verschwörer und dem realen politischen und juristischen Folgerungen (daran hingen ja auch Entschädigungen für die Familienangehörigen).

Der militärische Widerstand muss in seiner potentiellen Bedeutung hoch angesiedelt werden.

Denn nur auf dieser Ebene konnte man die fest etablierte Nazi- Herrschaft, die der Bevölkerung und den Soldaten durch den Fahneid eine besondere Loyalitätspflicht auferlegt hatte, überhaupt mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen.

Die Umstände sprechen in diesem Sinne für die hohe ethische und religiöse Qualität des Denkens und Handelns der Attentäter.

Es lag nahe, diese Tat als Heldentat zu glorifizieren.

Aber taugen diese Männer und eingeweihten Frauen als Vorbilder?

Wenn Vorbilder dazu dienen sollen, den Menschen, zumal den Nachwachsenden, als Richtschnur ihres Handelns und ihrer Haltung zu dienen, dann sind die Beteiligten so weit weg von den möglichen und erstrebenswerten Lebensumständen unserer Zeit, dass sie nicht als Vorbilder wirken können.

Helden zu erziehen kann niemals das Ziel einer demokratischen Gesellschaft sein.

Heldentaten setzen Umstände voraus, die zu ändern den Einsatz aller Mittel, auch den Einsatz des eigenen Lebens rechtfertigen.

Der sog. „Heldentod“, den deutsche Soldaten im ersten und Zweiten Weltkrieg gestorben sind, ist aus heutiger Sicht eine Verhöhnung der Leiden und der Todesumstände einerseits

und ein Missbrauch der damals noch positiv bewerteten Opferbereitschaft der im und durch den Krieg Getöteten andererseits.

Und genau solche Umstände darf man nicht entstehen lassen.

Darauf ist demokratische Erziehung auszurichten.

Es war in der alten Bundesrepublik keineswegs ausgemacht, dass die Beteiligten des Attentats als positive Figuren verstanden wurden. Umfragen aus den 50er Jahren zeigen, dass mehr als ein Drittel die Haltung der Attentäter als glatten Verrat einstufte, ein Drittel keine Meinung hatte und etwa ein Drittel sich positiv äußerte.

Eine uneingeschränkt positive Würdigung der Mehrheit der Deutschen wird erstmals erst im Jahre 2004 gemessen.

Erst als sich im Prozess gegen den ehemaligen Generalmajor und Gründer der SRP (d. h. Die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei) Otto Ernst Remer vor dem Oberlandesgericht Braunschweig im Jahre 1952 zeigte, dass die Bewertungskategorien von Verrat und Charakterlosigkeit sich nicht auf die Motive der Beteiligten der Verschwörung umstandslos anwenden ließen, bekannten sich auch die Politiker und größere Teile der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik positiv zum 20. Juli.

Das Gericht stufte den Charakter des nationalsozialistischen Staates als Unrechtsstaat ein und war für die politische Bewusstseinsbildung bis zum ersten Auschwitz- Prozess in der damaligen Nachkriegs- Bundesrepublik bedeutend.

Die präzisierte Sichtweise auf die Verschwörung des 20. Juli passte auch sehr gut zu dem allseitigen Bemühen, das im westlichen Ausland bestehende Verdikt der Kollektivschuld der Deutschen an Krieg und Vernichtung der Juden mit einem leuchtenden Beispiel zurückzuweisen und in der aufzubauenden Bundeswehr ein anderes Beispiel soldatischer Tugenden als die siegreicher Feldherren zu markieren.

Das Braunschweiger Urteil entfachte eine prägende Debatte um den Widerstand.

Dennoch war der Charakter des Widerstandes nicht eindeutig.

Denn die respektable und untadelige bis in den Tod reichende Haltung der Verschwörer wurde losgelöst von der inhaltlichen Frage geführt, wofür und nicht nur wogegen die Attentäter tätig geworden waren.

Man muss nüchtern konstatieren, dass die aus den konservativen Militärkreisen stammenden Attentäter keineswegs eine Demokratie im Sinne hatten, wie wir sie heute diskutieren.

Neben antidemokratischen Ressentiments schwangen auch ständestaatliche Vorstellungen mit, aber gesellschaftliche Reformen von der Gleichberechtigung bis zur Eigentumsordnung und der Verantwortlichkeit findet man vergebens.

Im Kreisauer Kreis, der ein breiteres politisches Spektrum umfasste, hatte man ganz eigene Ideen, die nicht von demokratischen Vorstellungen ausging, sondern von kleinräumigen sehr autonomen Gebilden in einem vereinten Europa.

Man muss sogar konstatieren, dass fast alle Verschwörer in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft Anhänger oder Dulder der Hitler- Herrschaft waren.

Stauffenberg war sogar nach den Siegen über Polen und Frankreich 1939 bis 1940 ein glühender Hitler- Anhänger.

Aus dem Jahre 1939 ist sein Zitat überliefert, die Bevölkerung in Polen sei ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk, welches sich nur unter der Knute wohlfühlt. Die Tausenden von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht guttun“.

Der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter hat deswegen bemerkt, man würdige die Attentäter nicht, weil sie immer recht gehabt hätten, sondern „weil sie sich entschlossen, gegen den übermächtigen Strom ihrer Zeit zu gehen und ihr Leben aufs Spiel zu setzen“.

Der Verdacht lässt sich daher nicht widerlegen, dass erst nach offensichtlicher Niederlagen-Aussicht und der Kenntnis der kriegsverbrecherischen Untaten und Morde der herrschende Nazis bei vielen die Kraft stärker wurde, sich aus patriotischen und ethischen oder religiösen Gründen gegen die heraufziehende Katastrophe zu wehren.

Das ist nichts Unehrenhaftes, aber auch keine Heldentat, sondern eher eine Verzweiflungstat.

Die Bundesrepublik kennt zum 20. Juli in fast jedem Jahr Gedenkfeiern oder besondere Anlässe wie Vereidigungen der einberufenen Bundeswehrsoldaten im Bendlerblock in Berlin. (vgl. www.20-Juli-44.de).

Im Jahre 1954 ist die erste Briefmarke der Bundespost zum 20. Juli erschienen. In den Lehrplänen der Schulen wird auf die Verschwörung als Lerngegenstand verwiesen.

Die renommiertesten Historiker der 50er Jahre (alles Konservative), Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Percy- Ernst Schramm. Den ich selbst noch an der Universität in Göttingen gehört habe, unternahmen historische Einordnungen.

Aber an der Frage, wofür die Verschwörer standen und ob deren weitergehende Auffassungen in eine positive Gedächtniswürdigung Eingang finden sollten, schieden sich die Geister.

Als im Jahre 1978 der Vorsitzende der SPD- Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, der in der Weimarer Republik Mitglied der KPD war, zunächst im sowjetischen Exil blieb und von dort aus nach Schweden ging und dort während des Krieges in die SPD eintrat, zum 20. Juli reden sollte, verwarf der Sohn von Stauffenberg (CSU- Bundestagsabgeordneter dagegen, und betonte, dass man nicht nur danach fragen dürfe, wogegen jemand gewesen sei, sondern auch wofür.

Er reklamierte die von Ernst Reuter herangezogenen Werte „Freiheit, Recht und Ehre“ für die Widerständler des 20. Juli, nicht aber für Wehner.

Weil die Fragestellung richtig ist, dass es auch auf das Wofür bei der Würdigung ankommt, so verweist sie natürlich auf den Umstand, dass die kommunistischen Ziele (auch wenn Wehner längst seinen demokratischen Unbedenklichkeitsbeweis praktisch angetreten hatte) genauso wenig in die staatliche Selbstauffassung des Grundgesetzes passte wie das meiste Gedankengut der Verschwörer des 20. Juli.

Man muss die Frage nach dem Widerstand erweitern, um politisch und didaktisch handhabbare Antworten zu finden.

Johannes Tuchel, der jetzige Leiter des Museums im Bendler-Block, hat jüngst darauf hingewiesen, dass in der Rezeptionsgeschichte des Widerstandes in Ost und West Ausgrenzungsmechanismen eine Rolle spielten, die z. T. weit vor 1933 zurückgreifen. (A. a. O. S. 20).

So wurden Anerkennungen als politisch Verfolgter nicht mit dem Verhalten während der Nazizeit, sondern mit dem Verhalten nach 1945 verweigert.

In der Bundesrepublik war der Antikommunismus so sehr Staatsideologie geworden, dass auch die fällige Anerkennung als Nazi-Opfer für Kommunisten selten gewürdigt wurde.

Ebenso ist die antinazistische Haltung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen oder Intellektuellen in der Sowjetzone bzw. DDR verdrängt wurden. Dort gab es praktisch nur kommunistischen Widerstand, den man zu würdigen hatte.

Die Attentäter des 20. Juli wurden in der frühen DDR als Vertreter ihrer Klasse klein geredet, denen keine besondere Würdigung zustehe. Erst sehr spät änderte sich dies.

Als ehemaliger Schüler in der DDR habe ich in Erinnerung, dass die Gründung der DDR als Schlussstrich für die Erinnerungskultur verstanden wurde.

Das hatte die fatale Folge, dass über die Gründe der Nazi-Herrschaft keine inhaltliche Auseinandersetzung in der Bevölkerung mehr stattfand und die Menschen nie über die Bedeutung des dulddenden Schweigens auch der eigenen Angehöriger, Freunde oder Kollegen öffentlich oder familiär diskutierten.

Politisch und didaktisch ist etwas ganz Anderes interessant:

Wenn wir feststellen müssen, dass die bekanntesten Verschwörer des 20. Juli dem Nationalsozialismus 1933 nicht ablehnend, ja sogar freundlich gegenüberstanden, und diese Haltung bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein fort dauerte und ein Umdenken aus ethischen, militärischen und patriotischen Gründen erst sehr spät erfolgte, muss man die Frage stellen, wieso es möglich war, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung noch am 5. März 1933 nicht NSDAP gewählt hat.

Man muss fragen, warum das politische und ethische Vermögen der deutschen Eliten 1933 nicht ausreichte, den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus zu erkennen.

Man muss fragen, welche politischen und gesellschaftlichen Auffassungen in der deutschen Gesellschaft von den herrschenden Eliten aus Adel, Großindustrie, Militär, Verwaltung, Bildungswesen und Wissenschaft geteilt wurden und die sowohl zum blinden Verhalten gegenüber dem Krieg 1914-1918 führten als auch in der anschließenden Weimarer Republik weiter bestanden.

Man muss dagegen fragen, welche politischen und geistigen Dispositionen diejenigen auszeichneten, die schon vor und unmittelbar nach 1933 den elementar gewalttätigen Charakter des Nationalsozialismus erkannten und sich dagegen wehrten oder zumindest reserviert verhielten.

Wenn man diesen Fragen nachgeht, stößt man auf Tatbestände, die auf bestimmte Kontinuitäten und ungelöste Probleme in der deutschen Geschichte verweisen.

Dazu zähle ich:

1. Die gescheiterte Revolution von 1848 hatte im Gegensatz zu den westlichen Ländern die Herrschaft des alten Adels unangetastet gelassen.

Das sich entwickelnde Bürgertum hat sich mit der Juniorrolle in der konstitutionellen Monarchie zufriedengegeben.

Das deutsche Bürgertum hat um der Erweiterung demokratischer Rechte wegen nie die Machtfrage stellen mögen. So etablierte sich im Kaiserreich ein starkes antidemokratisches Moment, das sogar noch im ersten Weltkrieg zu Debatten führte, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das für Männer bei den Reichstagswahlen galt, auf das in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht wieder einzuschränken.

Da es nach der Revolution von 1918 keinen Elitenaustausch gegeben hat und die alten exekutiven Einrichtungen im Wesentlichen bestehen blieben, hielt sich das antidemokratische Ressentiment auch in der Weimarer Republik.

Die parlamentarische Demokratie wurde von den konservativen und gebildeten Männern, so hat es Thomas Mann sarkastisch formuliert „wie ein schlechter Spaß über die Achsel geworfen“.

Die Reputation der die parlamentarische Demokratie tragenden Parteien SPD, DDP und Zentrum war nicht groß genug und die Problembewältigung nicht so einsehbar, dass sie ein populärer Faktor werden konnte.

2. Die industrielle Revolution hatte im Kaiserreich nicht nur zu aufblühender wirtschaftlicher Kraft, sondern auch zu übermäßigem Selbstbewusstsein imperialistischer und kolonialistischer Denkweise geführt.

Übersteigter Nationalismus und Chauvinismus wurde im begrifflichen Kleid des Patriotischen und Vaterländischen formuliert.

Man muss sich nur die Schulbücher der Kaiserzeit anschauen, um zu verstehen, welche manipulativen und indoktrinären Versuche dieser Art in fast jedem geschichtlichen und zeitgeschichtlichen Artikel zu Tage treten.

Begleitet wurde dies mit einer Verherrlichung des militärischen Gestus, der alle gesellschaftlichen Kreise einschließlich der protokollarischen Rangfolge durchzog. Das gesellschaftliche Ranking war militaristisch. Es war nicht überwiegend ein ästhetisches Phänomen, wie Herwig Münkler meint, sondern ein Konstitutivum des Herrschaftsdesigns.

Menschen, die in diesem Geiste erzogen worden waren, besetzten auch noch vielfach bedeutende gesellschaftliche Stellungen der Weimarer Republik.

3. Parallel und geradezu ursächlich zu den nationalistischen Aufladungen verliefen die Ausgrenzungsmechanismen gegenüber den Gegnern der politischen Zustände.

Die soziale Ausgrenzung für die Massen des schnell wachsenden Proletariats ging einher mit der Diffamierung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Repräsentanten.

Die sozialen Spannungen entluden sich immer wieder in Streiks zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, einschließlich der Arbeitssicherheit.

Die politische Organisation konzentrierte sich in der ständig wachsenden Sozialdemokratie, die schließlich in den Reichstagswahlen 1912 zur stärksten Partei aufstieg.

Ihre Sprache und ihr Selbstverständnis waren marxistisch und revolutionär, ihre Praxis häufig parlamentarisch und pragmatisch. Man kann deswegen neben der sozialen Spaltung auch von einer kulturellen Spaltung der deutschen Gesellschaft sprechen.

Über den verächtlichen Gestus gegenüber den Sozialdemokraten (Begriffe wie „vaterlandslose Gesellen“, „Revoluzzer“, „Proleten“ etc. waren sehr populär) macht man sich heute kaum noch Vorstellungen.

Jedenfalls war es für den durchschnittlich gebildeten Akademiker in Deutschland vom Landapotheker bis zum Chemie-Boss, vom Polizei-Offizier bis zum General, vom Studienrat bis zum Nobelpreisträger selbstverständlich, sich weder argumentativ noch gesellschaftlich mit Sozialdemokraten oder ihrer Vertreter einzulassen.

Auch dies wirkte weit in die Weimarer Zeit hinein. Die Mehrheit des deutschen Bildungsbürgertums war notorisch unfähig, sich argumentativ auf Positionen einzulassen, die in die Nähe des demokratischen Spektrums kamen und irgendwie links konnotiert waren.

4. Die Debatte um den völkermörderischen Holocaust lässt häufig vergessen, dass es seit der rechtlichen Juden-Emanzipation in Deutschland (wie in ganz Europa) einen manifesten Antisemitismus gab. Beim frühen Marx bis zum späten Fontane lassen sich typische Szenen finden.

Worin auch immer die Motive gelegen haben mögen (sozialer Neid, religiöse Vorurteile und Traditionen, Sündenbocksuche in den sich verschärfenden Deklassierungen etc.), unter Intellektuellen und in politischen Kreisen waren antijüdische Ausfälle (Man erinnere sich an den berühmten Ausspruch des renommierten Historikers Treitschke 1878: „Die Juden sind unser Unglück“) und antijüdische Propaganda und Ausgrenzung gang und gäbe. Der Vorsitzende der antisemitischen Partei in Berlin war Hofprediger Wilhelms II.

In den sozialen Notsituationen und der Gefährdung des Mittelstandes der Weimarer Republik konnten Antisemiten daran unschwer anknüpfen. Die übermäßige Opferbereitschaft der jüdischen Soldaten im ersten Weltkrieg nützte den Juden nichts.

Der rassentheoretisch aufgeladene Antisemitismus konnte an ältere Formen der deutschen Geschichte anknüpfen.

5. Obwohl die militärische Führung im September 1918 die Reichsregierung dringend aufforderte, sofort Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, hatten sie im Zuge des Waffenstillstandes die Stirn, den militärischen Zusammenbruch den kriegsmüden Massen und der Sozialdemokratie anzulasten und mit der Dolchstoßlegende das politische Klima nachhaltig zu vergiften. Die militärische Führung weigerte sich die Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen, obwohl es ihre Aufgabe gewesen wäre. Deswegen war es der Zentrumsabgeordnete Erzberger, der die Kapitulationsurkunde unterschrieb.

Da man vier Jahre lang die Soldaten und das Volk damit aufgeputscht hatte, der Krieg sei gewinnbar, brauchte man einen Schuldigen, um die Katastrophe zu erklären. Dazu bot sich die Novemberrevolution an, die mit Unterstützung der regierenden Sozialdemokraten die Republik ausgerufen hatte

Als dann im Sommer 1919 die Alliierten die Deutschen zwangen, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, der neben den territorialen Abtretungen auch noch langfristige Zahlung von Reparationen und vor allem die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges festschrieb, war eine zügellose und ressentimentgeladene Anti- Versailler- Konstellation in Deutschland geschaffen, die bis weit in die linken politischen Kreise hinein reichte.

Politische Nutznießer waren schließlich die Nazis, die mit der hemmungslosen Hetze gegen die „Novemberverbrecher“ populäre Feindbilder erkoren.

Zusammenfassend kann man sagen, dass unter den alten Eliten

die antidemokratische Tradition und der gesellschaftliche Dünkel und die Verachtung der arbeitenden Masse gegenüber weiter gepflegt wurden;

dass unter den alten Eliten die politischen Ressentiments und die kulturellen Vorbehalte gegenüber der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg vorbehaltlos auch gegenüber der demokratischen Arbeiterbewegung nach dem Krieg weiter gepflegt wurden (Widerschein 1955 im Wahlslogan der CDU „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“);

dass unter den alten Eliten auch der Antisemitismus gewichtige Anhänger hatte

und dass unter den alten Eliten der Kampf gegen den Versailler Vertrag fast vorbehaltlos Zustimmung fand.

Eine solche Mischung aus traditionellen und aktuellen Vorstellungen konstituierten noch keine nationalsozialistische Gesinnung. Aber die Nationalsozialisten haben, nachdem die Wirtschaftskrise nicht schnell beendet werden konnte, sich an diese Vorstellungswelt angekoppelt und sie mit rassistischem Beiwerk garniert und gewalttätig zugespitzt.

Sich dagegen zu wehren, erforderte in der Regel schon einfache Zivilcourage. Zu einer gemeinsamen oppositionellen Haltung gegenüber diesem Gemisch aus traditionellen Vorurteilen, zugespitzten Schuldzuweisungen, Verächtlichmachung politischer und religiöser Minderheiten, systematischer Diffamierung von Andersdenkenden und revanchegeladener Agitation ist es nicht gekommen.

Die Protagonisten des 20. Juli, die wir zu Recht wegen ihres Mutes loben, konnten oder wollten den verbrecherischen Kern des Nationalsozialismus Anfang der dreißiger Jahre nicht erkennen.

Sie erwarteten eine Rehabilitierung ihres soldatischen Handwerkes und fühlten sich in der nationalistischen und vaterländischen Rhetorik gut aufgehoben.

Politische Verantwortung und politische Urteilsfähigkeit, die immer mehr sein muss als die Verfolgung eigener Interessen und die Verteidigung eigener Positionen, zeichneten sie nicht aus.

So bleibt als bitteres Fazit des Lernpotentials des 20. Juli, dass einem Land trotz aller individueller Rechtschaffenheit und ethischer Tiefe nicht gedient ist, wenn man es erst dann verteidigt, wenn es total am Boden liegt.

Wir sollten deswegen doch zuvörderst an die Widerständler erinnern und denken, die im Vorfeld der falschen politischen Entscheidungen ihre Positionen formulieren und danach politisch handeln.

Ihr Widerstand war auch in den Anfangsjahren des Nazi- Regimes ohne Hoffnung auf einen gelingenden Umsturz des Systems.

Sie haben von Anfang an richtig gelegen, der kommunistische Widerstand hatte recht in seiner Feindschaft, er hatte unrecht in seinen politischen Zielsetzungen, weil er im Gegensatz zu den demokratischen und anderen sozialistischen Parteien nicht die Grundrechte, wie sie auch schon in der Weimarer Verfassung standen, ernst genommen hatten.

Fast alle sozialistischen Parteien, unter Einschluss der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hatten die politischen Prinzipien eines demokratischen und wertebundenen Staates zum Ausgangspunkt ihres politischen Denkens und Widerstandes gemacht.

Man nennt es Legalismus, der im Jahre 1932 beim Preußenschlag allerdings schwächelte.

An ihre Grundhaltung zu erinnern, sei es in den demokratischen Parteien (in Hannover z. B. an die sog. Sozialistische Front von 1933 bis 1936 mit über 300 Mitgliedern unter Werner Blumenberg, an die SAP unter Otto Brenner oder an den ISK (Internationaler Kampfbund mit z. B. Alfred Kubel und seinen phantasievollen Aktionen) oder an gewerkschaftliche Widerständler, aber auch an die Pastoren und andere, die in den Kirchen gegen den Ton der Kirchenführungen sich gewandt haben (z. B. die rückschauend kaum mehr verständliche Haltung von Bischof Marahrens), scheint didaktisch und erinnerungspolitisch sinnvoller zu sein als allein den Todesmut der Widerständler des 20. Juli zum Vorbild zu erheben.

Auch die vielfältigen Versuche in gebildeten bürgerlichen Kreisen wie dem Kreisauer Kreis, sich politische Überlegungen über die Gestalt des nachfaschistischen Deutschlands zu machen, verdienen höchsten Respekt.

Aber auch sie erreichen nicht die Dimension einer politisch und sozial tragfähigen Nachkriegsordnung.

Damit gerät die Erziehung und Ermutigung zur Zivilcourage in eine bedeutende Rolle. Sie ist nämlich eine Tugend, die gerade in demokratischen Verhältnissen gekannt und eingeübt werden muss und nicht sanktioniert werden darf.

Ohne Zivilcourage ist eine demokratische Gesellschaft nicht so stabil wie sie es sein könnte.

Die Identifizierung von Lebenssituationen, in denen man sich gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Benachteiligung, Intransparenz, Inhumanität, Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, Drohungen usw. demokratisch wehren muss,

sollte Gegenstand von Erziehung sein. Das setzt voraus, dass die Werte, nach denen sich unsere Gesellschaft organisiert, nicht nur Gesetzestexte bleiben.
Heribert Prantl hat dies in der SZ am 19. / 20. 7. 2014 ausdrücklich betont.

Ein Vorbild taugt nur dann als handlungsleitend, wenn man es nachleben kann. Das geht aber mit den Opfern des 20. Juli nicht.

Das macht selbstverständlich die historische Erinnerung an sie als Repräsentanten einer ethischen anderen Haltung als die herrschende damals nicht überflüssig wie z. B. Auch die Geschwister Scholl.

Diese Überlegungen liegen quer zu den immer wieder gemachten Versuchen, den 20. Juli zu einem Gedenk- Feiertag zu machen.

Er wäre trotz seiner Bedeutung eine tendenzielle Herabwürdigung des vielfachen anderen Widerstandes in der Nazizeit, der bereits vor der Machtübertragung an Hitler begonnen hatte, an den anzuknüpfen auch für junge Menschen nachvollziehbare Motivationen hätte.

Man darf nicht nur an eine einzelne Tat erinnern, so spannend und menschlich dramatisch und letztlich erfolglos sie sein mag, ohne sie in den Gesamtzusammenhang der Geschichte zu stellen.

Das ist es vielleicht, was wir Deutschen aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts lernen können.

Als Nachgeborene haben wir nicht das Recht, wohlfeile Bewertungen an das Verhalten der Menschen in vergangenen Zeiten vorzunehmen.

Bewertungsmaßstab kann nur sein, was in der jeweiligen Zeit möglich war und auch gelebt worden ist.

Es ist von erkenntnismäßiger Kraft, den Gedanken solcher Menschen nachzugehen, die sie sich zu ihrer Zeit gemacht haben, aber damals kein Recht bekamen, aber letztlich Recht behalten haben.

In Hannover gibt es davon viele Beispiele: Theodor Lessing, Otto Brenner, Werner Blumenberg, Gustav Bratke, Robert Leinert, Egon Franke, Pastor Walter Klose Ihnen gebührt mehr Aufmerksamkeit als es bisher vielfach geschehen ist.

Historisch gesehen war der Umsturz- Versuch des 20. Juli 1944 der gefährlichste für das Nazi- Regime, gefährlicher als alle Unternehmungen des Arbeiterwiderstandes oder der kirchlichen Proteststimmen. Aber 1933 war es für alle schon zu spät.

Gedenkdaten sind in Demokratien historische Denkmäler, und deswegen immer auch politisch.

Bert Brecht hatte Recht, als er Galileo Galilei auf die Bemerkung, ein Land sei unglücklich, das keine Helden habe, antworten lässt: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“.

Literaturhinweise:

Wilhelm Alff: „Zur Interpretation des 20. Juli“ In „Der Begriff des Faschismus“, Frankfurt a. M. 1971, Suhrkamp Nr. 456, S. 104- 123.

Wolfgang Benz „Der deutsche Widerstand gegen Hitler“, München 2014, Beck.Wissen Nr. 2798,

Wolfgang Benz: Walter H. Pehle (Hrsg.): Lexikon des Deutschen Widerstandes“, Frankfurt a. M. 1994

Karl- Dietrich Bracher: „ Wege zum 20 Juli 1944 „ in „Die Politische Meinung“ Juli 2004, 40. Jahrgang, S.5-16

Christian Daase „Was ist Widerstand?“ Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang 27/ 2014, 30. Juni 2014, S. 3- 9

Joachim Fest „Staatsstreich“, Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994

Kerstin Freudiger: „Die juristische Aufarbeitung von NS- Verbrechen“, Tübingen 2002

Regina Holler „Die Funktion des Widerstandes 1933- 1945 gegen den Nationalsozialismus für die politische Kultur der Bundesrepublik von 1945 bis heute oder: Wem gehört der deutsche Widerstand? Von der Instrumentalisierung eines historischen Ereignisses und der Rolle der Journalisten“ , in „50 Jahre 20 Juli 1944. Widerstand in Deutschland 1933 bis 1994 und die Bedeutung für das Selbstverständnis unserer Demokratie 1945- 1994“ Dokumentation einer Fachtagung in Hannover am 14. Juli 1994. Hrsg. Niedersächsisches Kultusministerium, S. 3- 14.

Karl Jaspers: „ Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung“ München 1979

Daniil Melnikow „Der 20 Juli 1944“, Legende und Wirklichkeit, Berlin 2. Auflage, 1970 (russisch 1965)

Angelika Nußberger „Widerstand im NS- eine aktuelle Botschaft“ Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang 27/ 2014, 20. Juni 2014 S. 10- 17

„Die Lehren der Geschichte für unsere Zukunft“, Festveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages des 20. Juli 1944, Heft 42 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages Hannover 2004

Detlev Peukert „Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich“, Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, Berlin 1986

Heribert Prantl: „ Vom Widerstand in der Demokratie“, Süddeutsche Zeitung 19/ 20 Juli 2014.

Hans Rothfels :“ Die deutsche Opposition gegen Hitler“ , Frankfurt a. M. und Hamburg 1969 (erstmals 1948)

Gerd Überschär: „Der vergessene Widerstand“

Rolf Wernstedt: „Enteignete Vergangenheit“ in BEISPIELE In Niedersachsen Schule machen, 1/ 1984, S. 14- 16

Johannes Tuchel: „ Der 20. Juli in der frühen Bundesrepublik“. Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang, 27/ 2014, 30. Juni 2014, S. 18- 24

„Sozialistische Blätter“, Das Organ der „Sozialistischen Front“ in Hannover 1933-1936, bearbeitet von Karin Theilen, Hannover 2000.

Volker Ullrich „Der Kreisauer Kreis“ Reinbek 2008

„Widerstand im Abseits“, Hannover 1933- 1945,Begleitheft zur Ausstellung des Historischen Museums Hannover 1992 mit Beiträgen von Herbert Obenaus, Hans- Dieter Schmid, Susanne Döscher- Gebauer, Detlef Schmiechen- Ackermann, Petra Schepers, Wilhelm Sommer, Christine Seeger, Christof Gutmann.

Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 28. Juni 2004 mit Beiträgen von:
Freya von Moltke, Peter Steinbach, Tilman Mayer, Gerd R. Überschar, Ulrich Pfeil, Eberhard Görner

Widerstand Stauffenberg 15. 11. 2022 Stadttafel

Prof. Rolf Wernstedt

Ergänzung zum Text „Claus Schenk Graf von Stauffenberg- Vom Befürworter des Nationalsozialismus zum Widerständler. Eine deutsche Nachkriegsbiografie“ auf der Veranstaltung am 15. November 2022 anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel am Wohnhaus Stauffenbergs in der Straße Am Lister Kirchweg 37 in Hannover.

Ich habe zu den Ausführungen, die ich 2014 anlässlich des 20. Juli im Rathaus Hannover gemacht habe, inhaltlich nichts zu korrigieren. Dennoch stellt sich die Frage, ob man 8 Jahre später beim Nachdenken über die Geschichte des 20. Juli 1944 und ihre Bedeutung neue Gesichtspunkte berücksichtigen muss.

Es geht um die Frage, ob die richtige und notwendige Erinnerung an den 20. Juli 1944 immer wieder neu auf ihre Bedeutung und Wirkung durchdacht werden muss.

Jan Philipp Reemtsma hat in einem sehr nachdenklichen Artikel im Jahre 2005, den ich 2014 nicht kannte, über die Frage reflektiert, wie die Gesichtspunkte Schuld und Verantwortung dabei zu sehen sind. (Vgl. Literaturhinweis)

Anlass seiner Überlegungen ist der Tatbestand, dass auch seine Firma, die er von seinen Vorfahren geerbt hatte und die gute Einnahmen erzielte, dadurch indirekt in die Naziherrschaft verwickelt war, dass während der Nazizeit KZ- Arbeiter zum Betriebsgewinn beigetragen haben, der wiederum nach dem Krieg die Grundlage für ein gutes Betriebseinkommen sorgte.

Er dekliniert anhand der Kategorien Schuld und Verantwortung die Erfordernisse einer angemessenen Erinnerungskultur durch.

Er habe natürlich keine persönliche Schuld an der Ausbeutung oder gar Ermordung der jüdischen Zwangsarbeiter. Dennoch habe er durch die gute Betriebssituation nach dem Krieg von diesem Tatbestand profitiert. Welche Verantwortung erwächst für ihn daraus?

In Deutschland stellt sich die Frage nach Schuld und Verantwortung dadurch anders dar als in fast allen anderen Ländern.

Denn neben der Verantwortung für den Krieg der mehr als 55 Millionen Tote zur Folge hatte, Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten (davon 27 Millionen allein in der Roten Armee und der Sowjetunion) hat Deutschland noch eine zusätzliche spezifische Schuld.

In keinem anderen Kriegsteilnehmer- Land gab es ein aus rassistischen Gründen motiviertes systematisches Vernichten von Menschen wie den an den Juden und Sinti und Roma. Unabhängig davon ist die Tatsache zu sehen, dass auch in Russland und allen osteuropäischen Ländern seit Jahrhunderten ein manifester Antisemitismus bestand und besteht. Judenpogrome zur Rache oder Ablenkung eigener Verantwortung hat es seit dem 4. Jahrhundert fast überall gegeben, wo Juden siedelten.

Tote Soldaten oder Zivilopfer durch Kriegshandlungen (sei es durch Bomben oder militärische Kampfumstände je nach technischem Stand) sind die beklagenswerten Menschen, die in allen historischen Kriegen zu finden sind.

Dass aber ein systematisches Morden eines aus rassistischen oder religiösen Gründen motivierten Tötens durch Vergasen oder Massenerschießungen stattfindet, hat es im 20. Jahrhundert nur unter deutscher Verantwortung gegeben.

Als Menschen dieses Volkes, dessen Vorfahren darin aktiv, mitwissend, wegschauend oder billigend beteiligt waren, müssen sich auch die nachgeborenen Generationen der Frage stellen, was ihre Verantwortung ist, wenn sie auch keine persönliche Schuld tragen.

Reemstma macht deutlich, dass sich jede Generation neu damit befassen muss, welche Bedeutung für ihr eigenes Dasein die jeweilige Vergangenheit hat, sei es die des ganzen Volkes und darin verwoben die der eigenen Vorfahren.

Da historische und politische Erinnerung immer politische Entstehungszusammenhänge hat, stehen die jetzigen jüngeren Generationen vor der Frage, wie sie mit der eigenen Geschichte umgehen wollen.

Ein nicht geringer Teil ist der Meinung, dass man gar nichts zu erinnern habe, weil man ja keine persönliche Schuld trage.

Ein anderer Teil lässt sich auf die Frage ein, zunächst genau zu erfahren, was eigentlich passiert ist. Erst danach stellt sich die Frage, wie man persönlich dazu stehen mag.

Es ist feststehend, dass jede ältere Generation möchte, dass ihre Sicht der Dinge auch auf die Jüngeren übergehe.

Eine solche Auffassung ist in demokratischen modernen Staaten nicht umstandslos möglich.

Deshalb muss die Frage gestellt werden, ob es Gesichtspunkte gibt, die ethisch, religiös oder anders geistig motiviert sind, die dazu auffordern, sich der Geschichte zu stellen und bestimmte Ziele zu formulieren.

Solche Ziele können sein, dass man auf jeden Fall den Frieden bewahren müsse und/oder dass man alle demokratisch und humanitär begründeten Lebenshaltungen auf Dauer erhalten möchte.

Wenn man sich Stauffenberg und die Attentäter des 20. Juli 1944 anschaut, fällt die umstandslose ethische Grundhaltung auf, die Hitler als Diktator und Tyrannen versteht und es daher legitim ist, ihn zu töten.

Die innere Begründung dafür kann man in der abendländischen Philosophie seit Platon und Aristoteles finden.

Diese Grundhaltung wiegt schwerer als die persönliche Geschichte, die durchaus auch nationalsozialistisch affine Züge getragen hat.

Stauffenberg war bis 1942 ein glühender Anhänger des Nationalsozialismus und empfänglich für die großdeutsche Propaganda.

Als er erkannte, dass mit Hitler Deutschland selbst in Gefahr geriet und durch die Rassenpolitik alle auch von ihm geteilten ethischen Auffassungen nichtig waren, entschloss er sich zum Widerstand.

Wenn wir seiner zu Recht gedenken, dann für den Mut und die ethische Grundhaltung.

Was ist daran vorbildlich?

Man kann und darf Kinder und Jugendliche nicht dahin erziehen, dass sie sich so verhalten, dass sie sich im Notfall auch in Lebensgefahr begeben.

Das wäre eine Überforderung.

Das Interesse an Stauffenberg kann nur dann in verantwortungsvolle Bahnen gelenkt werden, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, dass man niemals Zustände dulden darf, in denen Märtyrer notwendig sind.

Ich habe in meinem pädagogischen und politischen Leben immer gewusst, dass ich den Lernenden nicht vorschreiben kann, was sie zu denken haben.

Ich konnte und kann aber darauf hinweisen, dass sie sich engagieren müssen, wenn sie in ihrem Leben den Frieden erhalten wollen.

Heute sind es die neuen Bedingungen, die diese Forderung neu machen. Technische Entwicklung, Klimaschutz, Kriege, millionenfache Migrationen, eigene Lebensauffassungen sind kaum isolierbar. Sie müssen im Zusammenhang gedacht werden.

Das macht die heutige Situation komplexer und undurchsichtiger als frühere.

Aber gerade diese Komplexität erfordert ein klares Grundverständnis des eigenen Lebens.

Wenn die kommenden Generationen diese Komplexität mit eigenen Grundauffassungen verknüpfen müssen, müssen sie sich darüber Klarheit verschaffen und dafür streiten.

Zu dieser Klarheit gehört auch das Wissen, dass jedes gegenwärtige Handeln aus der Vergangenheit und ihren Vorstellungen stammt.

Eine Haltung, die meint, sie könne auf Nachdenken über Vergangenes verzichten, verfällt demselben Irrtum wie die Generation, die den Nationalsozialismus gewähren ließ.

Insofern ist die Reemstma-These unabweisbar, dass Verantwortung immer die Position beinhaltet, sich auch der vergangenen Irrtümer zu vergegenwärtigen. Das bedeutet natürlich, immer bereit zu sein, auch strittigen Themen nicht auszuweichen.

Insofern würde, wie Reemstma sagt, Verantwortung immer auch die Schulddimension beinhalten, wenn er sagt: "Es gibt angemessene getragene und unangemessen getragene Verantwortung, und letztere ist eine Form von Schuld"

Aus dieser Komplexität kann keine Generation aussteigen.

Literatur:

Jan Philipp Reemstma „Schuld und Verantwortung“ in „Die Macht der Erinnerung“, Der 8. Mai 1945 und wir, Hrsg. Von Daniel Hauffer und Stefan Reinecke, taz-Journal 2005/1, S. 86-96.